

Gegen NATO-Waffen Frieden schaffen

Zur Aktualität der Lehren Friedrich Engels' im Kampf gegen Militarismus, für Frieden und Abrüstung (Teil 2)

Durch das Aufdecken der Kriegsgefahr und der sozialen Wurzeln des preußisch-deutschen Militarismus gab Engels der Arbeiterbewegung das theoretische Rüstzeug für ihren antimilitaristischen Kampf. Engels und die revolutionäre deutsche Sozialdemokratie verbanden ihren Kampf mit der Tagesforderung, das preußisch-deutsche Militärsystem durch allgemeine Volkswaffen (Volksmiliz) zu ersetzen. Seine Realisierung wäre ein erster wichtiger Schritt auf dem Wege der Überwindung des deutschen Militarismus samt seiner sozialen Wurzeln gewesen.

Engels wies nach, daß Militarismus an die Existenz antagonistischer Klassenverhältnisse gebunden ist und daß dieser infolge der Verschärfung der Widersprüche im Kapitalismus den eigenen Übergang herbeiführt. Allerdings sei dies kein automatischer Prozeß, sondern setze erstens voraus, daß die arbeitenden Menschen bewaffnet sind und zweitens, daß sie den Willen haben müssen, der dem Inhalt ihrer Klassenlage entspricht.

Engels unterbreitete ersten Abrüstungsvorschlag in der Geschichte der Arbeiterbewegung

Erst die Zerschlagung der bürgerlichen und die Schaffung einer proletarischen Armee ist - wie die Geschichte beweist - vorrangige Aufgabe jeder siegreichen sozialistischen Revolution. In seiner Korrespondenz und seinen Artikeln erörterte Engels ebenfalls Möglichkeiten, schon unter kapitalistischen Verhältnissen Gefahrenquellen für den Frieden zu beseitigen bzw. einzudämmen. Als im Jahre 1892 eine neue Militärvorlage im Reichstag zur Debatte stand, die alle bisherigen übertraf, stieß sie auf scharfe Ablehnung der sozialdemokratischen Fraktion. Doch August Bebel erkannte, daß diesmal ein sozialdemokratisches Alternativprogramm nötig war, das den Interessen der Völker nach Sicherung des Friedens und tatsächlicher Abrüstung entsprach.

So kam Engels der Bitte der deutschen Sozialisten nach, ihnen in dieser Frage zu helfen. Die prinzipielle Bedeutung des Kampfes gegen den Militarismus mit Schritten zur Umgestaltung der Armee kennzeichnet den ersten militärwissenschaftlichen begründeten Abrüstungsvorschlag in der Geschichte der Arbeiterbewegung, den Engels 1893 in seiner Artikelserie „Kann Europa abrüsten?“ unterbreitete. Engels attackierte erneut Wettrüsten, Kriegsgefahr und Militarismus. Er vertrat die Auffassung, „daß von rein militaristischem Standpunkt der allmählichen Abschaffung der Heere nichts mehr im Wege steht“.

Grundsätze für den Kampf der Arbeiterklasse von bleibendem Wert

Engels schlug vor, durch internationale Vereinbarungen zwischen den Militärmächten die aktive Dienstzeit schrittweise herabzusetzen. An die Stelle des stehenden Heeres als Machtinstrument der Bourgeoisie sollte ein auf allgemeiner Volkswaffen basierendes Milizsystem treten. Doch Engels sah auch, daß ein solcher Abrüstungsvorschlag den konsequenten Kampf aller vom Militarismus bedrohten Völker erforderte, der im internationalen Rahmen geführt werden mußte.

Dieser erste konkrete Abrüstungsvorschlag des deutschen und internationalen Proletariats enthielt über seinen unmittelbaren historischen Anlaß hinaus eine Reihe von Grundsätzen, die für den Kampf der Arbeiterklasse bleibenden Wert haben. Sie verdeutlichen nach fast 90 Jahren die Aktualität der Lehren von Engels.

Worin besteht die Aktualität der Engels'schen Lehren über Militarismus, Kriegsgefahr und Abrüstung?

Erstens unterstrich Engels, daß der Kampf für Abrüstung allgemeindemokratischen Charakter trägt und in dieser Bewegung die Arbeiterklasse die Führung übernehmen muß.

Heute: Frage von Leben und Tod

Heute ist die Frage nach Abrüstung infolge der qualitativen und quantitativen Veränderungen in der Militärtechnik für die Menschheit eine Frage von Leben und Tod. Der XXVI. Parteitag der KPdSU hat nachdrücklich auf dieses Problem hingewiesen. Die Forderung nach Beendigung des Wettrüstens und nach Übergang zu Rüstungsbegrenzung und Abrüstung ergibt sich aus der Notwendigkeit, den Frieden in der Welt zu sichern, weil er letztlich über die Gegenwart und Zukunft der Menschheit entscheidet.

Die Dringlichkeit konkreter Abrüstungsmaßnahmen erwächst zugleich aus den Schäden, die das Wettrüsten ökonomisch und sozial verursacht. Das Drehen der Rüstungsspirale durch den Konfrontationskurs des Imperialismus birgt nicht nur die Gefahr einer thermonuklearen Katastrophe, sondern seine Folgen sind gravierend und stellen ein Hindernis für die Lösung der sozialen Probleme, für den gesellschaftlichen Fortschritt der Welt dar.

Gemeinsame Interessen aller friedliebenden Kräfte

Zweitens ging Engels von der Notwendigkeit aus, im Kampf gegen das Wettrüsten die gemeinsamen Interessen aller friedliebenden Kräfte an Abrüstungsschritten in den Mittelpunkt zu stellen. Sie den Menschen deutlich zu machen, bedeute einen wichtigen Schritt, die an einem Krieg interessierten aggressiven Kreise in die Defensive zu drängen.

Gegenwärtig entfaltet sich eine immer breitere Massenbewegung in den Ländern Westeuropas gegen den Hochrüstungskurs der NATO. In den Niederlanden, Belgien, Dänemark, Norwegen, in der BRD, in Großbritannien - überall haben sich seit dem Brüsseler Raketenbeschluß vom Dezember 1979 Menschen verschiedener politischer

und weltanschaulicher Positionen in der Antiatomraketenbewegung formiert.

Die Auseinandersetzung um die verlogene These von der „Nachrüstung“ macht selbst vor den bürgerlichen Parteien und Regierungen der westeuropäischen NATO-Staaten keinen Halt. Bemerkenswert ist weiterhin, daß auch ehemalige NATO-Militärs ihre Stimme gegen die Fortsetzung des Rüstungswahns erheben. Admiral a. D. Gene de la Roque (USA) drückte stellvertretend aus, daß es wichtig sei, die Opfer eines - nach der Konzeption des Pentagon - stattfindenden Nuklearkrieges auf dem europäischen Kontinent über die furchtbaren Konsequenzen aufzuklären.

Sie alle haben erkannt, daß der aggressive Kurs der Reagan-Administration und der NATO, ein Mehr an Raketenkernwaffen in Mitteleuropa zu stationieren, kein Mehr an Sicherheit bedeutet. Obwohl die verschiedenen Ereignisse und Tendenzen ein heterogenes Erscheinungsbild bieten, tragen sie auf ihre Weise dazu bei, das Streben des Imperialismus nach militärstrategischer Überlegenheit über die sozialistischen Länder vor der demokratischen Weltöffentlichkeit zu brandmarken. Ihre mobilisierende Wirkung sollte dabei nicht unterschätzt werden.

Zunächst realistische Teilaufgaben formulieren

Drittens sind die Überlegungen Engels' über eine schrittweise Abrüstung aktueller denn je. So wichtig allgemeine, vollständige Abrüstung auch sei, stets müsse man dabei das politische und militärische Kräfteverhältnis in Betracht ziehen. Zunächst komme es aber nach den Ansichten von Engels darauf an, realistische Teilaufgaben zu formulieren. Ausgehend von der Existenz eines annehmernden militärischen Gleichgewichts zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und der NATO unterbreitete der XXVI. Parteitag der KPdSU neue weitreichende Abrüstungs-

vorschläge und konstruktive Maßnahmen zur Sicherung des Weltfriedens, immer auf Basis der Gleichheit bzw. gleichen Sicherheit.

Der Sozialismus, vor allem in Gestalt der UdSSR, hat nach 1945 zahlreiche Initiativen zur Erhaltung des Friedens, zu Fragen der Abrüstung unterbreitet. Kein imperialistisches Land hat die Abrüstung zur Staatsdoktrin erhoben. In der Verfassung der UdSSR hingegen wird sie als ein außenpolitisches Hauptziel formuliert.

Wir erfüllen historisches Vermächtnis Friedrich Engels'

Viertens hob Engels hervor, daß dem deutschen Volk im internationalen Ringen um Abrüstung eine besondere Bedeutung zukomme. Auch diese Lehre hat nach vom deutschen Imperialismus entfesselt Weltkriegen und angesichts der erneuten Bedrohung des europäischen Friedens durch aggressive militärische und revanchistische Kreise der USA und der BRD nicht an Aktualität verloren. Doch wir wissen auch, daß die Arbeiterklasse unter Führung der SED die Lehren aus der Geschichte zog und unsere gesamte Politik im Dienste des Friedens steht. Damit erfüllen wir als Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen werktätigen Klassen und Schichten der sozialistischen Gesellschaft das historische Vermächtnis Friedrich Engels'.

Erich Honecker unterstrich auf dem XI. Parlament der FDJ: „Aktiv zur Sicherung des Friedens beizutragen, darin besteht heute die wichtigste Aufgabe... Daher nimmt der Kampf für die Beendigung des Wettrüstens... für Rüstungsbegrenzung und Abrüstung einen vorrangigen Platz in unserer Außenpolitik ein“. Im Sinne von Friedrich Engels führen wir deshalb mit Leidenschaft, Herz und Verstand den Kampf um Frieden und Abrüstung unter Anspannung aller Kräfte konsequent weiter.

Lothar Bude, Sektion Marxismus-Leninismus

Wir und die 80er Jahre Effektiver forschen und lehren

Mit der Einführung des neuen Studienjahresablaufplanes erhöhen wir die Intensität unserer Lehrveranstaltungen und vergrößern den Anteil der schöpferischen Studienabschnitte. Wir sehen unseren Beitrag in der Neukonzipierung der Lehrveranstaltung Holzmekund und führen diese nach dem Kurssystem in Einheit von Vorlesung, Übung und Praktikum in unserem neuen Ausbildungszentrum in der Kasadorfer Heide durch. Damit wird eine starke praxis- und tätigkeitorientierte Lehre erreicht.

In der verlängerten schöpferisch-produktiven Studienphase werden die Studenten verstärkt an die selbständige Lösung von Forschungsaufgaben herangeführt. Im April 1982 konnte jeder zweite unserer Zirkelstudenten auf der FDJ-Studienkonferenz Preise für seine Forschungsleistungen erringen.

Unser Ziel ist es, planmäßige Forschungsarbeiten vorfristig abzuschließen und die freigesetzte Zeit für zusätzliche, praxisrelevante Lösungen zu verwenden. Durch eine kurzfristige Studie zur Zuwachsteigerung, die den erweiterten Anbau von schnellwachsenen Baumarten (Weymouthskiefer, Erle und Douglasie) vorsieht, sowie durch die Schaffung von wissenschaftlichen Grundlagen zum Pflanzenanbau, zur Hydromelioration und zur Forstwirtschaft im Bezirk Dresden tragen wir zu einer spürbaren Steigerung der forstlichen Stoffproduktion bei.

Gemeinsam mit dem VEB Carl Zeiss Jena entwickeln wir den funktionstüchtigen Laboraufbau und die kompletten Fertigungsunterlagen zur Automatisierung der Jahrringerkennung, die bisher weltweit ungelöst ist. Des Weiteren entwickeln wir in Zusammenarbeit mit Neuerern der Sektion Kfz-, Land- und Fördertechnik ein netzunabhängiges Datenerfassungsgerät zur elektronischen Speicherung und Übertragung von Informationen. Mit dem mikroelektronischen Datenerfassungsgerät werden Datenerfassung, -speicherung und -verarbeitung bei Arbeiten im Walde wesentlich rationalisiert.

Prof. Dr. sc. Kurth, Bereichsleiter Dr. Gerold, Vertrauensmann WB Forsteinrichtung und Forstliche Ertragskunde

Für eine moderne technologische Ausbildung zukünftiger Chemiker

Internationale 4. Konferenz der Lehrstuhlinhaber für chemische Technologie

Vom 19. bis 23. April 1982 fand im TU-Heim Gaußig die 4. Konferenz der Lehrstuhlinhaber für chemische Technologie der sozialistischen Länder statt. An der Konferenz beteiligten sich 41 Teilnehmer aus der UdSSR, der VR Bulgariens, der CSSR, der VR Polen, der Ungarischen VR und der DDR. Unter ihnen befanden sich so hervorragende Persönlichkeiten wie Professor Dr. Proskurjakow, Rektor des Leningrader Technologischen Instituts.

Ziel der Konferenz war es, den Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der technologischen Ausbildung von Chemikern und Chemieingenieuren zu vertiefen. Bereits auf der 3. Konferenz in Balatonfüred 1980 wurde von allen Teilneh-

mern festgestellt, daß die Technologieausbildung als eine wesentliche Voraussetzung zur Lösung künftiger wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Aufgaben in der chemischen Industrie angesehen wird. Die Vorträge und Diskussionen in Gaußig waren im wesentlichen auf den Themenkomplex „Der Reaktor für homogene und heterogene chemische Reaktionen“ in seiner Bedeutung für Lehre und Forschung ausgerichtet.

Für die Vorbereitung und Organisation der Konferenz war der WB Technische Chemie unter Leitung von Professor W. Pippel (Sektion Chemie) verantwortlich.

Neben den vielen wissenschaftlichen

Vorträgen und Diskussionen, in denen die Teilnehmer Lehr- und Forschungsmethoden darlegten, fand ein interessantes Rundtischgespräch statt. Hier wurden wichtige Aussagen zum Inhalt der für Verfahrenstechniker und Verfahrenstechniker so wichtigen Lehrgebiete wie „Chemische Reaktionstechnik“, „Chemische Technologie“ und „Modellierung und Optimierung chemischer Prozesse und Systeme“ getroffen sowie die Einordnung von Fragen des Umweltschutzes, der Energetik, der Sicherheitstechnik und des Korrosionsschutzes besprochen.

Die Ergebnisse der Diskussion werden publiziert und sind damit ein Beitrag für die Einführung moderner Trends in die Ausbildung unserer Studenten. Die Konferenz wurde durch eine Exkursion in den VEB Synthesewerk Schwarzheide bereichert, bei der die Teilnehmer das Anwendungstechnikum und Produktionsabteilungen der Polyurethansynthese besichtigten und abschließend vom Generaldirektor des Kombinesats SYS, Genossen Dr. Meyer, empfangen wurden. Zum Abschluß der Veranstaltung besuchten die in- und ausländischen Gäste die Lehr- und Forschungsstätten der Wissenschaftsbereiche Technische Chemie und Hochpolymerie und Textilchemie unserer Sektion.



Die Konferenzteilnehmer vor der Tagungstätte TU-Heim Gaußig.

Die Konferenz fand in einer freundlichen und herzlichen Atmosphäre statt. Es wurden in zahlreichen persönlichen Gesprächen neue Kontakte

geknüpft und Einladungen zur weiteren Zusammenarbeit ausgesprochen. Die nächste Konferenz soll 1984 in Leningrad stattfinden.

Alles, was Recht ist Absolvotenteneinsatz und Wohnraum

Gespräche bei den Absolventenvermittlungen und Diskussionen mit Studenten lassen immer wieder erkennen, daß es noch Unklarheiten über die arbeitsrechtlichen Konsequenzen bei der Vorbereitung des Einsatzes der Absolventen und ihrer Förderung beim Übergang vom Studium zur beruflichen Tätigkeit gibt. Ein Schwerpunkt dabei ist die Frage nach der Verantwortung der Betriebe für den Wohnraum der Absolventen.

Anliegen der Verordnung über die Vorbereitung und Durchführung des Einsatzes der Hochschul- und Fachschulabsolventen des Direktstudiums und die Förderung der Absolventen beim Übergang vom Studium zur beruflichen Tätigkeit - Absolventenordnung - vom 3. Februar 1981 (Cbl. II Nr. 37 S. 227) ist es, den Einsatz der Absolventen planmäßig nach volkswirtschaftlichen Erfordernissen und unter Berücksichtigung der persönlichen Fähigkeiten und Interessen des einzelnen zu gewährleisten. Mit den Regelungen der Absolventenordnung gewährt unser sozialistischer Staat den Absolventen ein gutes berufliches Beginnen und eine gesicherte Perspektive.

Die Notwendigkeit des planmäßigen

und volkswirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung tragenden Einsatzes der Absolventen schließt ein, daß es nicht nur in das Belieben des Absolventen gestellt ist, mit welchem Betrieb er einen Arbeitsvertrag abschließt. Zum Abschluß des Arbeitsvertrages ist ein von der Kommission für Absolventenvermittlung gefaßter Einsatzbeschluß Voraussetzung (§ 4 Abs. 2 der Absolventenordnung).

Ist an dem zu vereinbarenden Arbeitsort kein Wohnraum für den Absolventen vorhanden und ist ihm auch nicht zuzumuten, täglich von seinem Wohnsitz zur Arbeit und zurückzufahren, übernimmt die sozialistische Gesellschaft die Verpflichtung, Wohnraum für den Absolventen bereitzustellen. Im § 13 Abs. 4 der Absolventenordnung wird deshalb bestimmt, daß die Betriebe in Zusammenarbeit mit den Vorsitzenden der örtlichen Räte in den Städten und Gemeinden Wohnraum für die Absolventen zu sichern haben.

Arbeitsrechtliche Probleme treten dann auf, wenn die Betriebe der genannten Verpflichtung aus den verschiedensten Gründen nicht nachkommen und der Absolvent deshalb seine Arbeit nicht verrichten kann. Das Ober-

ste Gericht der DDR mußte sich mit der Frage befassen, ob es in solchen Fällen richtig ist, den Absolventen auf unbezahlte Freistellung (§ 188 AGB) zu verweisen oder ob dem Absolventen ein Schadenersatzanspruch wegen des entgangenen Arbeitslohns gegen den Betrieb zusteht. Das Oberste Gericht hat in seiner Entscheidung folgende Grundsätze herausgearbeitet:

1. Der Absolvent hat einen Rechtsanspruch auf Wohnraum gegenüber seinem Betrieb, wenn er an dem für ihn festgelegten Einsatzort über keinen Wohnraum verfügt. Die mit dem Arbeitsvertrag begründeten und sich aus § 13 Abs. 4 der Absolventenordnung ergebenden Rechtspflichten bestehen ausschließlich zwischen dem Betrieb und dem Absolventen.

2. Eine Rechtspflichtverletzung des Betriebes ist nicht allein deshalb zu verneinen, weil der Betrieb seiner Sicherungspflicht zur Bereitstellung von Wohnraum entsprochen hat, zumal an die Pflichtverletzung des Betriebes nicht der Vorwurf eines verantwortungslosen und damit schuldhaften Verhaltens des Betriebes geknüpft zu sein braucht.

Die Verpflichtung des Betriebes, Wohnraum für den Absolventen zu sichern, ist keine arbeitsvertragliche Vereinbarung zwischen dem Absolventen und dem Betrieb, sondern ergibt sich unmittelbar aus der Regelung der Absolventenordnung und kann auch durch den Arbeitsvertrag nicht ausgeschlossen werden.

3. Stellt der Betrieb keinen Wohnraum zur Verfügung, verletzt er Pflichten und hat für ausfallenden Verdienst Schadenersatz nach § 270 Abs. 1 AGB zu leisten. Hat der Betrieb es innerhalb eines Jahres (seit Abschluß des Arbeitsvertrages) nicht vermocht, für einen Absolventen den erforderlichen Wohnraum zu verschaffen, was vorübergehend notfalls auch durch die Bereitstellung einer betriebseigenen Unterkunft, eines Hotelzimmers u. ä. erfolgen kann, muß geschlossen werden, daß der Betrieb nicht alle ihm durch die sozialistischen Produktionsverhältnisse gegebenen Möglichkeiten zur Lösung des Problems genutzt hat.

4. Kann der Absolvent wegen fehlenden Wohnraumes zunächst seiner Arbeit nicht nachgehen, obliegt ihm die Verpflichtung, den daraus

resultierenden Schaden evtl. durch die vorübergehende Aufnahme einer anderen Arbeit zu mindern.

Es besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen Wohnraum und Wohnung. Der Betrieb ist nicht verpflichtet, dem Absolventen und seiner Familie vom Tage der Arbeitsaufnahme an eine Wohnung zur Verfügung zu stellen. Beim Wohnraum kann es sich z. B. um einen Platz in einem 3-Bettzimmer eines Arbeiterwohnheimes handeln.

Die durch die Rechtsprechung vorgenommene Lösung des Problems Absolventeneinsatz und Wohnraum unterstreicht noch einmal sehr eindringlich, wie unser sozialistischer Staat alle Möglichkeiten nutzt, um das Recht auf Arbeit von Hochschul- und Fachschulabsolventen zu gewährleisten, die persönlichen Interessen mit den gesellschaftlichen Erfordernissen in Übereinstimmung zu bringen und die Wirksamkeit der wissenschaftlich ausgebildeten Kader für die weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft zu erhöhen. Deshalb ist es eine ehrenvolle Pflicht der Absolventen, die ihnen eingeräumten Möglichkeiten im Interesse der sozialistischen Gesellschaft voll wahrzunehmen.

Prof. Dr. sc. jur. Walter Sieber, Institut für Recht in Wissenschaft und Technik

Unser Ziel: Verbrauch von Kraftstoff senken

Bereits während des 10. FDGB-Kongresses begann in der Sektion Kraftfahrzeug-, Land- und Fördertechnik eine Auswertung. Die Wissenschaftler, Mitarbeiter und Studenten bekannten sich zur gewerkschaftlichen Verantwortung für die ökonomische Strategie der 80er Jahre, wie sie Genosse Harry Tisch im Bericht des Bundesvorstandes an den 10. FDGB-Kongress begründete.

In einem Brief an den Kongress (siehe UZ 10/82) verpflichtete sich das Kollektiv der Sektion, dem Problem der Kraftstoffsparsparung in der sozialistischen Landwirtschaft, einem Hauptverbraucher von Dieseldieselkraftstoff, noch mehr Bedeutung beizumessen. Es beschloß deshalb, als zusätzliche Forschungsarbeit gemeinsam mit Genossenschaftsbauern und Arbeitern des Bezirkes Dresden eine hohe Kraftstoffökonomie in der Landwirtschaft durchsetzen zu helfen. An diesen Aufgaben sollen die Studenten die hohe Verantwortung der sozialistischen Intelligenz gegenüber der Arbeiterklasse und der Klasse der Genossenschaftsbauern erkennen und verwirklichen.

Dazu wurde mit der LPG (P) Kaufbach-Grumbach eine Vereinbarung abgeschlossen. Im Rahmen des Berufspraktikums und mit Diplomarbeiten sollen als Jugendobjekt folgende Themen bearbeitet werden:
- optimale Fahrweise von Traktoren in Abhängigkeit vom Auslastungsgrad des Motors
- optimale Aggregatbildung aus der Sicht der Kraftstoffsparsparung
- Kraftstoffsparsparung durch Verbesserung der Pflege und Wartung sowie durch optimale Einstellung der Motoren mit Hilfe der Technischen Diagnostik.

Mit diesen Arbeiten wird es nach den bisherigen Erfahrungen möglich sein, ungefähr 10% Kraftstoff einzusparen.

Am 26. 4. 1982 fand die erste Koordinierungsbesprechung in der LPG Kaufbach-Grumbach statt. An dieser Beratung nahmen Vertreter der LPG, des Rates des Bezirkes Dresden und unserer Sektion teil. Hierbei wurde festgelegt, eine Realisierungskonzeption zu erarbeiten und diese im Mai 1982 der SED-Bezirksleitung zu übergeben.

Prof. Dr.-Ing. habil. Hofmann, Stellvertreter des Sektionsleiters für Forschung

TU-Archiv stellt aus

Die Ausstellung aus Anlaß des 30-jährigen Bestehens des Universitätsarchivs wird vom 1. Juni, 13.30 Uhr, bis 3. Juni 1982, 15 Uhr, im Alten Senatsszimmer, Mommenstraße 13, wiederholt.